



Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2023 / Stadtrat Berger Resolution "Kein Platz für Antisemitismus in Crailsheim"

Gremium	Termin	Beratungsfolge	Status
Hauptausschuss	11.12.2023	Vorberatung	öffentlich
Gemeinderat	14.12.2023	Entscheidung	öffentlich

Anlagen

Anlage 1 Antrag der CDU-Fraktion

Weitere beteiligte Ressorts

I. Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge folgende Resolution beschließen:

Kein Platz für Antisemitismus in Crailsheim

Wir verurteilen Antisemitismus in unserem Land. Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Deshalb ist es uns sehr wichtig, dass der Gemeinderat in Crailsheim stellvertretend für die ganz überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Crailsheim ein deutliches Zeichen setzt und geschlossen die folgende Resolution verabschiedet:

Crailsheim ist eine tolerante und weltoffene Stadt, in der sich jede hier lebende Person frei entfalten können soll.

Meinungsfreiheit ist uns dabei ein hohes Gut. Unterschiedliche Auffassungen zu politischen, historischen, religiösen oder sozialen Themen sind in unserer demokratischen Gesellschaft nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Jedoch hat auch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit seine Grenzen. Diese sind erreicht, wenn Andersdenkende oder Andersgläubige diffamiert, herabgewürdigt, beleidigt oder verächtlich gemacht oder gar tätlich angegriffen werden. Wer Gewalt und Hass gutheißt, befördert, schürt oder ausübt missbraucht sein Recht auf Meinungsfreiheit und stellt sich außerhalb unserer verfassungsmäßigen Ordnung sowie unserer Gesellschaft. Wer möchte, dass man seine eigene Meinung respektiert, muss auch andere Meinungen respektieren.

Daher erklären wir als demokratisch legitimierte Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Crailsheim ganz deutlich: Wer diese Grundsätze nicht beachtet und beherzigt hat in unserer Gesellschaft keinen Platz!



Wir verurteilen die terroristischen Angriffe der Hamas auf Israel und wir wollen nicht, dass das hinter diesen Angriffen steckende Gedankengut in Deutschland Fuß fasst und verbreitet wird. Dass diese Verbrechen bestimmte Gruppen in Deutschland in Feierstimmung versetzt und zu Straftaten animiert, verurteilen wir voller Abscheu.

Antisemitismus unter dem Deckmantel der Israel-Kritik kann und darf in Deutschland nicht geduldet werden.

Wir wollen, dass sich israelische und jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt weiterhin sicher und wohl fühlen. Diese Menschen sollen wissen, dass wir an ihrer Seite stehen.

Wir fordern alle hier lebenden Menschen auf, sich in ihrem privaten Umfeld und auch in der öffentlichen Diskussion klar und deutlich gegen menschenunwürdigen Aussagen und Handlungen zu stellen.

Schließlich bestärken wir ausdrücklich die Stadtverwaltung in ihrem ständigen Bemühen um Dialog, Zusammenwirken und Verständnis untereinander und miteinander.

II. Sachverhalt und Begründung

Sachverhalt und Begründung ergeben sich aus dem Inhalt der im Beschlussvorschlag aufgeführten Resolution.

III. Empfehlung und Ziel der Verwaltung

Die Verwaltung tritt entschieden gegen jegliche Form des Antisemitismus ein – diese Haltung sollte für die Gesamtgesellschaft selbstverständlich sein. In den zurückliegenden Wochen hat sich in diesem Zusammenhang aber leider gezeigt, dass bundesweit offen und unverhohlen judenfeindliche Aussagen im Rahmen von Demonstrationen und Veranstaltungen getätigt wurden. Daher empfiehlt die Verwaltung, die Resolution in der vorliegenden Form zu beschließen, um einen klaren und unmissverständlichen Standpunkt der Solidarität zu den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu beziehen.